



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe Juli/August 2019

Weltbevölkerung wächst weiter, wenn auch weniger schnell als erwartet

Die Weltbevölkerung soll nach neuesten Prognosen der Vereinten Nationen von derzeit rund 7,7 Milliarden Menschen bis 2050 auf 9,7 Milliarden und bis zum Jahr 2100 auf 10,9 Milliarden Menschen zunehmen. Damit würde die Zahl der Erdenbürger zwar langsamer wachsen als bislang angenommen, stellen Experten fest. Sie weisen jedoch darauf hin, dass sich insbesondere in Afrika die Zahl der Bewohner bis 2050 verdoppeln soll. Dagegen wird in Nordamerika und Europa nur ein Zuwachs um rund 2 Prozent erwartet.

Auf dem afrikanischen Kontinent liege die Geburtenrate mit 4,4 Kindern pro Frau derzeit fast doppelt so hoch wie im weltweiten Durchschnitt mit 2,5 Kindern, erläutert die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung. Allerdings soll die Fertilität auch in Afrika bis zum Ende des Jahrhunderts auf 2,1 Kinder pro Frau sinken. Global wird dann nur noch mit 1,9 Kindern je Frau gerechnet. Damit dieser Trend zu niedrigeren Geburtenraten in afrikanischen Ländern auch Realität wird, fordert die Stiftung für Frauen dort besseren Zugang zu Verhütungsmitteln, Aufklärung, Bildung und zum Arbeitsmarkt.



„Klimaflüchtlinge“ willkommener als „Wirtschaftsflüchtlinge“

Klimaflüchtlinge werden in Deutschland deutlich mehr akzeptiert als Geflüchtete, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen haben. Das geht aus einer aktuellen Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) hervor. Demnach gelten Klimaflüchtlinge ebenso wie politische Flüchtlinge als „legitime“ Flüchtlinge, da sie ihre Länder aus Gründen verlassen mussten, für die sie selbst nicht verantwortlich sind. Die positiven Einstellungen gegenüber Klimaflüchtlingen seien auch damit zu erklären, dass ihre Situation bislang kaum thematisiert wurde, meinen die WZB-Forscher. Zudem würden Klimaflüchtlinge noch als eher kleine Gruppe wahrgenommen. Die Unterstützung für Klimaflüchtlinge nahm jedoch stark ab, wenn die Teilnehmer der Umfrage auf die Erwartung vieler Experten hingewiesen wurden, dass in Zukunft relativ viele Menschen wegen veränderter Umweltbedingungen ihre Heimat verlassen dürften.

Lateinamerika lässt Zahl der Asylbewerber in EU steigen

In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind wieder deutlich mehr Asylbewerber in der EU registriert worden als 2018. Wie die Funke-Mediengruppe mitteilte, nahm die Zahl der Asylbewerber in der Europäischen Union von Januar bis Ende April 2019 im Vorjahresvergleich um 15 Prozent auf rund 206.500 Menschen zu. Der Anstieg der Asylbewerberzahlen – 2018 waren sie gemessen an 2017 noch um 11 Prozent zurückgegangen – soll vor allem daran liegen, dass immer mehr Asylbewerber auf regulären Wegen und visafrei in die Union einreisten. Insbesondere aus Lateinamerika kommen demnach immer mehr Menschen in die EU.

hate speech

ist auf dem Vormarsch

Hasskommentare können Gewalt fördern

Der Ton ist rauer geworden, insgesamt. Nicht nur in den sozialen Medien wird nach Herzenslust gepöbelt und beleidigt, teilweise sogar regelrecht menschenverachtend. Auch in den verbalen Diskussionen zwischen politischen Gegnern oder auch nur Andersdenkenden wird immer öfter „die Keule ausgepackt“, geht es teilweise immer rücksichtsloser und beleidigender zu. Wer anderer Ansicht ist als man selbst, wird zunehmend als Feind betrachtet: Toleranz null.

Foto: shutterstock



H

ierbei dienen gerade Politiker, die sich in Festreden gern für mehr Verständnis untereinander aussprechen, vielfach als Vorbild. Man muss gar nicht mal bis in die USA schauen, wo Präsident

Trump sich jüngst mit rassistischen Twitter-Angriffen auf vier missliebige, weibliche, nicht-weiße demokratische Abgeordnete für den kommenden Präsidentschaftswahlkampf warmlief. Immer getreu der Strategie, bestimmte Zielpersonen zu Hassfiguren zu stilisieren. In Großbritannien bewarb sich mit dieser Methode gerade Boris Johnson um die Führung der konservativen Partei und verleumdet weiterhin die EU, ihre Repräsentanten und Institutionen als Feinde des Vereinigten Königreichs, die Großbritannien „ausplündern“. Dabei bedient sich der ehemalige britische Außenminister, wie zuvor schon während der Auseinandersetzungen vor dem Brexit-Votum, ebenso ungeniert wie nachweislich eindeutiger Fake-News.

In Italien macht der rechtspopulistische Innenminister und Vize-Ministerpräsident Matteo Salvini Europas Führung für die wirtschaftliche Misere seiner Heimat verantwortlich und hetzt – für ihn erfolgreich – gegen Flüchtlinge. Und hierzulande lassen es seit dem Einzug der AfD in den Bundestag die politischen Debatten im „hohen Haus“ ebenfalls zunehmend an rhetorischem Schliff wie auch an Anstand fehlen, wie Beobachter beklagen. Grundsätzlich werben nicht nur in Europa die sogenannten Populisten, meist rechter Couleur, mit gezielten Anfeindungen und Hass Tiraden um Gefolgschaft.

Konflikte schüren und polarisieren

Sie überschreiten dabei gern, häufig und bewusst die Grenzen von Polemik zu Demagogie und setzen so die Zivilgesellschaften unter massiven Druck. Auch früher schon offenbarten Wahlkämpfer gern den Hang zum Groben bzw. zur Vereinfachung komplexer Zusammenhänge, etwa in Slogans wie „Freiheit statt Sozialismus“. Interessant in dem Zusammenhang, dass in den USA der Mann aus dem Weißen Haus jetzt mit ähnlichen Parolen wieder punkten will. Er wie seinesgleichen wollen damit Konflikte schüren und Polarisierungen befeuern.

Genau davor warnen Konflikt- und Gewaltforscher wie Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Er kritisiert, dass insbesondere Hass im Internet viel zu lange unterschätzt worden sei. Zick betont

in dem Zusammenhang, dass Hassbotschaften im Internet in Gewalt umschlagen können, wenn sie dazu radikalieren. Es gebe Täter, die über Hasskommentare in einen Zustand von Wut und Hass geraten könnten, dass ihre Handlungen dann von der Emotion gesteuert würden, erläuterte Zick im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Bei den Hasstiraden im Internet werde die Schwelle zur Gewalt durch gegenseitiges Aufstacheln zum Teil bewusst gesenkt, erklärt der Wissenschaftler, sowie Gewalt bereits im Vorfeld durch Verschwörungsmythen und Ideologien gerechtfertigt. Zu diesem Zweck würden auch gern gezielte Desinformationen eingesetzt.



Durch Kommentarfunktionen und soziale Medien bietet das Internet heute „neue Möglichkeiten, über den Hass Gemeinschaften zu bilden“, warnt der Gewaltforscher. Und fügt hinzu, dass der Hass im Netz Studien zufolge eine Entsprechung außerhalb des Netzes erfahre. Hasskommentare werden laut Zick von extremistischen Gruppen auch dazu genutzt, um Personen für ihre Ideologien, aber auch für bestimmte Zwecke zu rekrutieren. Vielen sei nicht bewusst, dass Hasskommentare der Radikalisierung dienen, warnt der Wissenschaftler.

Kontrolle nicht Providern überlassen

Die Referenten einer mehrtägigen Veranstaltung an der Universität Bielefeld zum Thema Hate Speech bestätigten auf dem Kongress, dass gesellschaftliche Auseinandersetzungen und – auch in deren Umfeld – Polarisierungen zugenommen haben und weiter zunehmen. Vor diesem Hintergrund plädieren viele Konfliktforscher wie Andreas Zick dafür, die Verantwortung für, aber auch die Kontrolle und Eindämmung von Hasskommentaren nicht allein den Providern zu überlassen. In einer Demokratie dürfe die rechtliche Klärung und Strafverfolgung solcher Tatbestände nicht Firmen wie Facebook oder Youtube anvertraut werden, fordert Zick.

Hassmails im Internet offiziell rückläufig

Die Menge strafbarer Hassbotschaften im Internet hat nach Angaben der Bundesregierung in den zurückliegenden Jahren leicht abgenommen. Wie die Regierung jüngst in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke im Bundestag bekannt gab, wurden 2018 von den zuständigen Behörden nur noch 1.962 sogenannter Hasspostings registriert. Zum Vergleich: 2017 waren es demnach noch 2.458 solcher Hasstiraden im Internet und 2016 sogar noch 3.177.

Opposition und Experten kritisieren jedoch, dass die betreffenden Bundeseinrichtungen – wie Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst – aufgrund von unzureichender Ausrüstung gar nicht in der Lage seien, alle Hassmails zu registrieren. Demnach soll insbesondere die Anzahl der rechtsextremistischen Hassbotschaften die offiziellen Zahlen um ein Mehrfaches übersteigen.

Deshalb gehen einzelne Bundesländer inzwischen mit speziellen Einheiten gegen solche Internetkriminalität vor – unter anderem

- NRW mit der „Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime NRW“,
- Hessen mit der „Zentralstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität“ und
- Bayern mit der „Zentralstelle Cybercrime“ oder
- Berlin mit einer Spezialabteilung zur Bekämpfung von Internetkriminalität.

Diese Institutionen sollen auch kriminelle Hassmails im Netz aufspüren.

Der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert hat der deutschen Justiz gerade vorgeworfen, Hass und Hetze im Netz zu oft als „virtuelle Bedrohung“ abzutun. Die deutsche Justiz spiele bei der sprachlichen Verhöhnung insbesondere in den sozialen Medien „keine überzeugende Rolle“, wird Lammert zitiert.

Ein bisschen mehr Weltfrieden



Die Welt ist im Jahr 2018 ein ganz klein wenig friedlicher geworden. Der neue Global Peace Index verzeichnet eine Verbesserung um 0,09 Prozent. Das ist der erste Anstieg des „Friedensthermometers“ seit fünf Jahren. Dieser Anstieg relativiert sich allerdings, wenn man weiß, dass der Index insgesamt seit 2008 eine Verschlechterung der Friedlichkeit um 3,78 Prozent feststellt.

Der Global Peace Index des Institute for Economics and Peace erfasst jedes Jahr die Lage in mehr als 160 Ländern. Dabei geht es um mehr als die reine Frage, ob in einem Land Krieg herrscht oder nicht. Vielmehr werden 23 Indikatoren in drei Gruppen untersucht: laufende internationale und nationale Konflikte, gesellschaftliche Sicherheit (z. B. Gewaltverbrechen, terroristische Vorfälle) und Militarisierung (z. B. Rüstungsexporte, Größe der Armee).

Europa friedlichste Region der Welt

Der Nahe Osten und Nordafrika waren auch 2019 wieder die am wenigsten friedliche Weltregion. Auf den letzten Plätzen der Rangliste befinden sich Irak, Jemen, Südsudan und Syrien vor dem Schlusslicht Afghanistan. Europa ist die friedlichste Weltregion. Als friedlichstes Land der Welt führt Island den GPI vor Neuseeland, Portugal, Österreich und Dänemark an. Deutschland befindet sich auf Platz 22.

Für die Verschlechterung des Index in den vergangenen zehn Jahren macht das Institut eine ganze Reihe von Ursachen verantwortlich: eine wachsende Anzahl terroristischer Anschläge, die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, steigende regionale Spannungen in Osteuropa und Nordostasien (v. a. Nordkorea), wachsende Flüchtlingsströme und höhere politische Spannungen in den USA und Europa. Dabei gab es auch Positives, so etwa ein kontinuierlich sinkender Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt und die abnehmende Personalstärke des Militärs in vielen Ländern der Welt. Doch diese Verbesserungen konnten die Verschlechterungen bei Weitem nicht wettmachen.

Wachsende Unzufriedenheit mit Demokratie

In Ostdeutschland haben deutlich weniger Menschen Gefallen an der Demokratie als im Westen. In einer aktuellen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung äußerten sich jetzt 28 Prozent der Ostdeutschen unzufrieden mit der Demokratie. Das waren fast doppelt so viele Befragte wie in Westdeutschland mit 15 Prozent. Allerdings hat demnach nur eine kleine Minderheit von 4 Prozent der Befragten den Wunsch, Demokratie hierzulande abzuschaffen. Jedoch zeigten sich immerhin 37 Prozent

der Umfrageteilnehmer „sehr“ bzw. „ziemlich“ unzufrieden damit, wie Demokratie in Deutschland funktioniert.

Auch der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Yascha Mounk meint, dass der gesellschaftliche Rückhalt für Freiheit und Demokratie im Westen schon seit einiger Zeit schwächer wird. Die Gründe dafür sieht Mounk in einer Kombination von ökonomischen und soziologischen Ursachen: weil etwa die früher üblichen Wohlstandszuwächse von einer Generation zur folgenden fehlen und sich viele Menschen darum sorgen, ob sie künftig noch zu einer gesellschaftlich tonangebenden Gruppe gehören werden.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE
Schürmannstraße 22 a
45136 Essen
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Grugaplatz 2-4
45131 Essen



Stiftung
Soziale Dienste